

Bis die Linke einig ist

Auf ihrem Programm-Parteitag in Freiburg haben die Freien Demokraten erstmals ein gesellschaftspolitisches Programm vorgelegt und zugleich die Brücken zur Strauß-Barzel-Union abgebrochen.

Sechzehn Stunden vor dem Ende ihres Partei-Konvents entschieden sich die FDP-Oberen für einen Kurs der praktischen Vernunft. Im Hinterzimmer des Freiburger Hotels „Colombi“ offenbarten sie in der Nacht zum Mittwoch letzter Woche ihrem Chef-Ideologen Werner Maihofer, daß sie nicht bereit seien, ihm auf einem, wie sie meinten, gefährlichen Weg der Unvernunft zu folgen.



FDP-Parteitag*: Tabus gebrochen

Vergebens bäumte sich eine progressive Minderheit, vom hanseatischen Judo-Chef Heiner Bremer bis hin zum schwäbischen Links-Anwalt Martin Bangemann, gegen das vorsichtige Establishment auf. Law-and-order-Minister und Diskussionsleiter Hans-Dietrich Genscher würgte die erste Mitbestimmungsdebatte ab, die ohne Visier auf höchster Parteiebene geführt wurde: „Wenn der Vorsitzende aufsteht, ist die Sitzung aufgehoben. Geht jetzt schlafen.“

Ernüchtert durch den späten Widerstand seiner leicht alkoholisierten liberalen Freunde, fragte der gutgläubige Rechtsphilosoph Maihofer: „Wie soll ich jetzt nur weitermachen?“ Der neu gewählte Partei-Generalsekretär Karl-Hermann Flach, einziger Anhänger des Professors im Präsidium, tröstete den Verlassenen: „Morgen sieht die Welt wieder anders aus.“

* Walter Scheel am Rednerpult.

General Flach behielt nur halb recht. Der Verlierer dieser Nacht war auch formal der Verlierer des nächsten Tages.

Aber in dem von Maihofer geprägten gesellschaftspolitischen Programm haben die Liberalen, in der Praxis bislang den erstarrten Formen des westdeutschen Wirtschaftsgefüges verpflichtet, wenigstens in der Theorie erste Ansätze zu einer Reform des Kapitalismus geschaffen.

Wenn auch das ursprüngliche Programm-Konzept gestutzt wurde, wenn auch Maihofer in der Mitbestimmungsdebatte des Parteitag-Plenums mit 188 gegen 189 Stimmen unterlag, hat die Partei doch mit Tabus gebrochen. Seit Freiburg bekennt sich die FDP zu einer Umverteilung des Produktivvermögens der Wirtschaft, zur Eindämmung der

(sechs Kapitalvertreter, zwei leitende Angestellte im Aufsichtsrat, vier Arbeitnehmer), gegen Maihofers 4:2:4-Vorschlag nur eine taktisch bedingte Zwischenstation war. Lambsdorff: „Nach 1973 gibt es eine neue Runde.“

Verunsichert durch die Panikmache Genschers, der eine Kapitalflucht beschwor, und durch die — in der Form verbindlichere — Warnung des Parteivorsitzenden Walter Scheel vor den Gefahren für Arbeitsplätze und Produktivität der Wirtschaft, erkannten die Delegierten, daß Maihofers arbeitnehmerfreundlicheres Paritätsmodell gegenwärtig nicht durchsetzbar ist.

FDP-Schatzmeister Hans Wolfgang Rubin sagte die Zukunft voraus: „Wir haben eine Entwicklung eingeschlagen, die auf 4:2:4 hinausläuft, aber mit dem richtigen Timing.“ Eine Mehrheit für Maihofer hätte dazu führen können, daß Konservative in der Bundestagsfraktion noch vor 1973 abgesprungen wären. Flach: „4:2:4 wäre eine Belastung für die Fraktion gewesen.“

Die Bundestagsabgeordneten hatten eigens den Hamburger Finanz-Experten Victor Kirst als Aufpasser in die Programmkommission entsandt, wo er dafür sorgen sollte, daß der Reformeifer des linken Professors und seiner Gefolgsleute nicht überbordete. Der Generalsekretär, der sich öffentlich zu Maihofers Modell bekannt hatte, gab heimlich zu, daß ihm Riemers formaler Erfolg besser in die langfristige Partei-Strategie paßt.

Die neue Symbolfigur der Partei (Genscher: „Der Flach ist ein Linker und sieht aus wie ein Konservativer“) muß die FDP im Innern zusammenhalten und nach außen vertreten. Er muß für eine schillernde FDP werben, die nur dann ihr progressives gesellschaftspolitisches Programm nach 1973 verwirklichen kann, wenn sie vorläufig Konservative in der Partei und bei den Wählern durch Konzessionen im Programm und in der praktischen Politik bindet.

Für Deutschlands Liberale begann in Freiburg die „zweite Phase der bürgerlichen Revolution“ (Maihofer). Nachdem die Macht des Obrigkeitsstaats gebrochen ist, soll nach dem Willen der Freien Demokraten nun auch die Gesellschaft demokratisiert werden.

„Geld ist nun einmal ein scheues Reh.“

Mit dem Aufbruch zum „Sozialen Liberalismus“ (Freiburger Thesen) hat die Partei eine Wende in ihrer Geschichte eingeleitet und zugleich einen ihrer Ur-väter aus der Wilhelminischen Zeit neu entdeckt. Friedrich Naumann, den einst Bundespräsident und Biograph Theodor Heuss als Kronzeuge für die erste Phase

Spekulation mit Grund und Boden und zu einer — so Flach — „Art Parität“ von Kapital und Arbeit.

Nachdem die FDP 1967 in Hannover den Grundstein zu einer gemeinsamen Außenpolitik mit den Sozialdemokraten gelegt hatte, räumte sie in Freiburg innenpolitischen Konfliktstoff aus und macht so eine fortschrittlichere sozialliberale Koalition nach 1971 möglich. Zugleich brach die Partei die Brücken zur Union ab: Stratege Flach: „Für mich gibt es nur ein Ziel, 1973 die Machtübernahme Barzel-Strauß zu verhindern.“

Einen Sieg Maihofers gestanden selbst seine Gegner ein, obwohl sie nach Punkten gewonnen haben. FDP-Banker Otto Graf Lambsdorff nach dem Auszählen der Stimmen: „Ein Scheißeergebnis.“ Sie mußten zugeben, daß eine hauchdünne Mehrheit für das Modell des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Horst-Ludwig Riemer

„Lächelnd ins Abseits“

Hermann Schreiber über Werner Maihofer

Immer nur lächeln“ kann der Professor Maihofer, wenn er sich irgendwo als den „neuen Dahrendorf“ bezeichnet findet. Kennt er doch kaum zwei „unterschiedlichere Leute“, von Herkunft und überhaupt — er Rechtsphilosoph, jener Soziologe; bei ihm eine „gewisse Ungeschliffenheit im Formalen“, bei jenem „die Brillanz und formale Hochgeschliffenheit“. Und Dahrendorf, der Maihofer unter anderem den „großen Obskuren der internationalen Rechtsphilosophie“ nennt, ist weit davon entfernt, ihm in puncto Differenz zu widersprechen.

Geistreiches Deutschland! Jeder Partei ihren Professor und den Freien Demokraten — je kleiner, desto feiner — gleich zwei. Gehn tun sie beide wieder, mindestens weg aus dem innenpolitischen Entscheidungszentrum. Der eine ist schon in Brüssel bei der EWG. Und Maihofer, wiewohl weiterhin treulich auf alles gefaßt, was „mir da an Funktion zuwächst“ aus der Tatsache, daß er der FDP gewissermaßen ihr Godesberg bereitet hat, Maihofer will 1973 nicht mehr (wie 1969, vergebens) für den Bundestag kandidieren.

Jedenfalls: Ein Senkrechtstarter à la Dahrendorf ist er nicht. Maihofer fliegt oberhalb der Radarkontrolle der praktischen Politik, die er für ganz unfähig hält, „fundamentale Konzepte zu entwickeln“. Programatisch ist er ein Überflieger, der ungeschützt und ungeniert „als notwendigen theoretischen Hintergrund“ vorträgt, was schlechte Parteidelegierte eher wie ein besonders schlimmer Anfall von Zitaterich anmuten muß. Und parteitaktisch ist er ein ausgesprochener Flach-Mann: vorbehaltloser und integrationswilliger Team-Kamerad des neuen Ausrufers, Peitschenknallers und Vorturners der FDP, Karl-Hermann Flach.

Maihofers kategorischer Imperativ ist sozusagen von olympischer Qualität — citius, fortius, altius — und entstammt in der Tat zu einem nicht unwesentlichen Teil der Erlebniswelt des Hochleistungssports. Der Professor erzählt nicht ungern, daß er bereits als Pennäler der deutschen Olympia-Auswahl für den Eiskunstlauf angehört und winters in diesem Kreise trainiert hat. Kür und Pflicht, außerdem sommers regelmäßig als Regatta-Segler angetreten ist. Jene klassische Koalition aus Grips und Bizeps, mens sana in corpore sano.

verschmilzt in der Person des Professors Maihofer zur elitären Einheit.

Der „begeisterte Violin- und Bratschenspieler“ hat summa cum laude promoviert und nebenher 8000 Zeilen für ein Lexikon geschrieben (als kriegsheimgekehrter Student mit Frau und zwei Kindern); er hat sich habilitiert und nebenher den Justizausbildungsdienst absolviert (einige Monate lang in Zellengemeinschaft mit Gefangenen, zum Studium des Strafvollzugs). Und doppelter Dolmetscher ist er auch.

An der Hochschule dann hat er „alles, was erst viel später in Mode kam, schon zehn Jahre früher gemacht“, zum Beispiel „viele Seminare über Marxismus-Theorie“. Sein akademischer Ansatz ist so links, linker geht's nicht. Nur hat er eben, wieder viel früher als andere, begriffen, daß „das nicht mehr trägt“, daß es „in der marxistischen, materialistischen Theorie nicht weitergeht“. Und also hat er, obgleich „im Bewußtsein mit der Studentenrevolte identisch“, den studentischen Apo-Rebellen zur innerparlamentarischen Opposition, zum Eintritt in die Parteien, zur Reform des Kapitalismus geraten.

Am Dreikönigstag 1969 ist er dann selber eingetreten, in die FDP — nicht aus Bescheidenheit, sondern im Gegenteil aus epochalen Überlegungen: „Wenn irgendwo eine neue Epoche praktischer Auseinandersetzung mit der Industrie-Gesellschaft möglich ist, dann hier“, in dieser ideologisch nicht fixierten, aber dringend orientierungsbedürftigen ehemaligen Pender-Partei, die „verraten und verloren wäre ohne diesen Durchbruch“ zum sozialen Liberalismus — ohne einen neuen Naumann. In den Vorhöfen des Epochalen freilich, da wo die Interessen sind und wohl auch die Wähler, hat der neue Naumann namens Maihofer sich schon verstopft.

Ralf Dahrendorf notiert nicht ohne Genuß, er habe noch nie einen Menschen „so sprachlos im Wortsinne“ erlebt wie den Kollegen Maihofer, als dieser merkte, daß er im Parteipräsidium (außer Flach) der einzige war, der mit dem 4:2:4-Signal ernsthaft zum gesellschaftspolitischen Angriff auf die FDP-Tradition blasen wollte.

Und auch Hans Friderichs, FDP-Staatssekretär in Helmut Kohls Mainzer CDU-Regierung, wunderte sich, aber über Maihofer: „Er rennt lächelnd ins Abseits — und dabei schießt er auch noch.“

beanspruchte, wird nun auch von den Reformern der zweiten als Säulenheiliger reklamiert.

Mit Lesefrüchten aus der Dünndruckausgabe des Polit-Klassikers („Industrieuntertanen müssen in Industriebürger verwandelt werden“) suchten die Reformen den Konservativen in der Partei die Angst vor dem Umschwung zu nehmen. Maihofer: „Wir sind doch keine Narren aus eigener Hand.“

Voll Elan hatte sich zu Beginn dieses Jahres eine vom letztjährigen Parteitag einberufene Programmkommission an ein grundlegendes gesellschaftspolitisches Konzept gemacht — angetrieben von ihrem idealistisch gesonnenen Vorsitzenden Maihofer und einigen arbeitsbesessenen Progressiven, aber argwöhnisch kontrolliert von Aufpassern aus der Bonner Bundestagsfraktion.

60 Tage, von denen der „Fraktionsaufpasser Kirst 30 auf dem Gewissen



FDP-Planer Maihofer*
„Zweite Phase der Revolution“

hat“ (Bangemann), saß die Kommission oft bis in die Nacht in Klausur. Jedes Papier mußte sie bis zu zehnmals umschreiben, ehe es auch von der zögernden Fraktion, die in ihrer Mehrheit konservativ ist, und vom Bundesvorstand, der die Einheit der Partei nicht gefährden wollte, genehmigt wurde. Der Berliner Luder sorgte sich schließlich vor jedem Flug, das Programm-Paket überschreite das 20-Kilo-Limit für Luftgepäck: „Ich konnte gerade noch meinen Schlafanzug dazupacken.“

Am Ende zeigten sich die Kontrahenten trotz empfindlicher Positionsverluste erleichtert. Programmdirektor Maihofer: „Das Salz ist nicht aus der Suppe.“ Und auch Kontrolleur Victor Kirst gab sich „im großen und ganzen zufrieden“.

In einem mühsamen Lernprozeß einigten sich die zerstrittenen Flügelgruppen auf einer schmalen Basis: Beide erkannten, daß mit Rücksicht auf die

* Links: Generalsekretär Flach.

Einheit von Partei und Fraktion und mit Blick auf ansprechbare Zielgruppen das gesellschaftspolitische Programm der FDP nicht zu konventionell, aber auch nicht allzu progressiv ausfallen durfte.

Aus der internen Gewinn- und Ver-lustrrechnung der bisherigen Landtags-wahlen, bestätigt durch neueste Daten zur Mitgliederstruktur, konnten die Strategen in der Bonner Zentrale ein Bild vom Realtyp des modernen Libe-ralen gewinnen. Er ist männlichen Ge-schlechts, nicht katholisch, überdurch-schnittlich ausgebildet, lebt vornehmlich in industriellen Ballungsgebieten, hat die erste Jugend hinter sich, verdient gut in Staatsdiensten, bei der mittelständis-chen Industrie oder in freien Berufen. Der hessische FDP-Wirtschaftsminister Heinz Karry: „Das sind kritische Leute,

und fünf Arbeitnehmervertreter) der CDU.

Aber das Kommissionskonzept droh-te die FDP zu spalten. Für seinen Er-finder Maihofer war es „Symbol für Progressivität“ und „allein“ geeignet, bei künftigen Koalitionsverhandlungen mit der SPD als „liberale Alternative“ zu der Montan-Mitbestimmung zu die-nen. Für Modell-Feind Kienbaum war es „das Gefährlichste, was in der Nach-kriegszeit jemals zur Debatte gestanden hat“.

Erfinder Maihofer empfahl seiner Partei, die traditionelle Alleinherrschaft der Kapitaleigner in den Aufsichtsräten der Großunternehmen zu brechen. Die Liberalen, die noch vor zwei Jahren bei den Verhandlungen mit der SPD die Macht der Kapitaleigner nicht angetas-tet sehen wollten und daher den Ver-

nister Horst-Ludwig Riemer wies den Weg: ein Mitbestimmungsmodell mit sechs Aktionärsvertretern, zwei leiten-den Angestellten und vier Arbeitneh-mern. Damit könnte der Block des Ka-pitals nicht überstimmt werden. Votier-ten Arbeitnehmer und leitende Ange-stellte zusammen, so könnten sie allen-falls ein Patt erreichen.

Es nutzte nichts, daß der Kölner Par-teidelegierte und Direktor des Bank-rechtsinstituts an der Universität Köln, Professor Ulrich Klug, gegen Vorurteile liberaler Parteibrüder kämpfte: Mitbe-stimmung à la Maihofer müsse „Anle-ger zur Resignation“ (Genscher) verlei-ten, und Geld sei — so Kienbaum — „nun einmal ein scheues Reh“.

Klug berichtete in Freiburg, bei einer Stichprobe an Bankschaltern habe sich nur einer von 100 Käufern von Mon-tanwerten nach der Mitbestimmung er-kündigt. Überdies beweise das Interesse ausländischer Investmentfonds an Ak-tien westdeutscher, der Montanbestim-mung unterliegender Konzerne wie Hoesch, Thyssen und Mannesmann, daß sich ausländisches Kapital nicht durch die Form der Unternehmensver-fassung vom Kauf deutscher Wertpa-piere abhalten lasse.

„Mit Mutlosigkeit gewinnt man keine Wähler.“

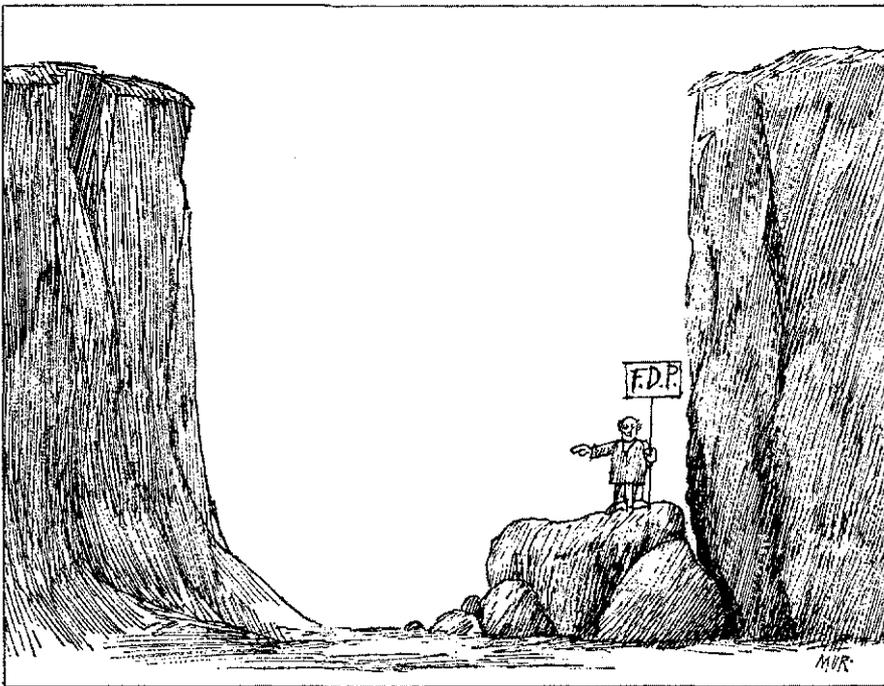
Es half auch nichts, daß der neue Generalsekretär Flach als einziges Prä-sidiummitglied für Maihofer stritt, und es war schließlich umsonst, daß der Parteiprogrammierer seinen Gegnern Kompromisse anbot: Er schlug zugun-sten des Kapitals Sperrminoritäten bei großen Investitionsentscheidungen, bei der Feststellung des Jahresabschlusses und der Wahl des Vorstandes vor.

Mit 189 zu 188 Stimmen beschränkte sich der Parteitag auf das Riemer-Mo-dell. Kölns Klug war enttäuscht: „Mit Mutlosigkeit gewinnt man keine Wäh-ler.“ Emotionen weckten bei den Dele-gierten auch die Eigentums- und Bodenthesen, die dem Programm schon in den Klausursitzungen wegen der „quasi-religiösen Bedeutung des Themas“ (Mai-hofer) viel Tadel eingebracht hatten.

Deklamatorische Bekenntnisse zum Eigentum wurden ebenso wenig in das Programm aufgenommen wie Kommu-nalisierungswünsche der Judos.

Kernstück in den beschlossenen Bo-denthesen ist eine Steuer, die den Wert-zuwachs bei baureifen Grundstücken jährlich abschöpft. Diese Steuer soll Spekulanten daran hindern, die knappe Ware Boden zu horten. Zudem sind die Einheitswerte — nach denen die Höhe der Grundsteuer bemessen wird — „künftig in kürzeren Zeitabständen an die Entwicklung anzupassen“.

Während sich Martin Bangemann aus Baden-Württemberg schließlich mit



Süddeutsche Zeitung

Weg vom Abgrund!

die den SPIEGEL lesen, die Gymnastik machen, Pfeife rauchen und schwierigen Gedankengängen folgen können.“

Unzugänglich sind nach den Befun-den zwei wichtige soziologische Schich-ten: Arbeiter und Großkapitalisten. Generalstrategie Flach zieht die Konse-quenz: „Die Großindustrie haben wir abgeschrieben.“ Und der freidemokrati-sche Vertraute der Großindustrie, Alexander Menne, sieht klar: „Die Ar-beiterschaft kriegen wir nicht.“

Nach einem derart vorgezeichneten Überlebens-Gesetz hatten die FDP-Strategen den Parteitag in Freiburg in-szeniert. Zum spektakulären Kernstück des Programmentwurfs war ein Mitbe-stimmungsmodell geworden. Es distan-zierte zwar die FDP deutlich von dem Montanmodell der SPD und dem Dis-paritätsvorschlag (sieben Aktionärs-

zucht auf ein sozialdemokratisches Mit-bestimmungsgesetz zur Koalitionsfrage erhoben hatten, sollten sich nun in Freiburg zu einer paritätischen Reprä-sentanz von je vier Kapital- und Ar-beitnehmer-Vertretern in den Kontroll-räten der Konzerne bekennen.

Zwei gewählte Delegierte der leiten-den Angestellten sollten als „zitterndes Zünglein an der Waage“ (Maihofer) so-gar fähig sein, zusammen mit den vier Werkträgern die Patrone zu majorisie-ren.

Für Kienbaum war „die Balance des Übergewichts des Kapitals“ gestört und das „Nachkriegskonzept liberaler Wirt-schafts- und Gesellschaftspolitik umge-stülpt“.

Der Unternehmerberater mobilisierte den Widerstand im heimischen Nord-rhein-Westfalen. NRW-Wirtschaftsmi-

Abstrichen an seinem Konzept abfiel, hat sich der Berliner FDP-Vorsitzende Wolfgang Löder nicht überzeugen lassen. Sein Verdikt: „Ein Nullpapier.“ Und Kommissionskollege Konstanz Schmölder findet das Endprodukt „so entschärft, daß man's eigentlich gar nicht mehr vertreten kann“. Haupteinwand: Wenn erst bei baureifem Boden der Wertzuwachs erfaßt wird, bleibt die bis dahin längst entstandene Gewinnsteigerung unbesteuerbar.

„Ein gescheitertes Wort — schon ist man Kommunist.“

Bei der überbetrieblichen Vermögensbeteiligung gelang der FDP immerhin ein programmatischer Durchbruch. Nach Freiburg ist die Umverteilung von Vermögenszuwachs an Produktivkapital und damit eine langfristige Entzerrung der schiefen Vermögensverteilung für die Freien Demokraten kein Problem mehr. Schmölder, Mitautor des Papiers, stolz: „In 50 Jahren werden 50 Prozent des Kapitals neu verteilt sein.“

Die FDP will die Abgabe nur von den Großunternehmen erheben und „mehr als eine Million kleinerer Unternehmen“ verschonen. Dem Plädoyer des hessischen Millionärs Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm für eine großzügigere Freigrenze von zehn statt drei Millionen Mark Jahresgewinn versagte sich die Mehrheit ebenso wie seinen übrigen Anträgen. Er wollte die jährlich von den betroffenen Firmen aufzubringenden vier Milliarden Mark um einen Teil der von den Unternehmern bereits freiwillig oder tarifvertraglich vereinbarten innerbetrieblichen Zuwendungen kürzen.

Der Großindustrielle handelte sich eine weitere Niederlage mit seiner Forderung ein, die Abgabe statt in Beteiligungspapieren auch in bar leisten zu können. Die Kommissare hatten ein überzeugendes Argument: Barzahlungen werde der Unternehmer über die Preise abwälzen und so den Umverteilungseffekt vereiteln.

Für jeden einzelnen — vom Kleinkind bis zum Greis — erscheint die Spende jedoch wenig attraktiv. Pro Jahr soll jeder Deutsche 80 bis 100 Mark beziehen, in 25 Jahren einschließlich Zins und Zinseszins insgesamt 5820 Mark — ungefähr der Preis eines VW-Käfers.

Mit ihrer Nachlaßabgabe, die das bisherige Erbschaftsteuersystem ablösen soll, profilierten sich die Liberalen als Erfinder einer gesellschaftspolitischen Novität. Anstatt wie bisher den Erben zur Kasse zu bitten, der mit vielfältigen Schlichen Steuern sparen konnte, will sich die FDP an den „vermögenden toten Mann“ (so Erfinder Schmölder) halten.

Aus Rücksicht auf ihre Klienten hat sie die Nachlässe bis sechs Millionen Mark geschont. Entgegen ursprünglichen Kommissionsplänen setzt erst an

dieser Grenze eine scharfe Progression ein. Die Folge: Nur etwa 1000 von einer Million jährlichen Erbfällen werden getroffen. Löder geringschätzig: „Ein Promillegesetz.“

Die Nachlaßabgabe soll laut Freiburger Thesen ebenso wie die Gewinnabgabe in überbetriebliche Fonds fließen, die den Bürgern Anteilscheine am Produktivvermögen der Wirtschaft zuteilen. Der Umverteilungseffekt der Nachlaßabgabe ist freilich gering, sie bringt jährlich nur 220 Millionen Mark. Multimillionär Kühlmann-Stumm: „Eine Bagatelle.“

Kühlmann-Stumm und seine konservativen Gesinnungsfreunde, in Freiburg an die Peripherie der Partei gedrängt, dominieren freilich noch in der FDP-Bundestagsfraktion und hemmen dort sozialliberalen Reformeifer. Widersprüche zwischen progressiven Programmen und der Tagespolitik sind in dieser Übergangsphase der FDP fast zwangs-



FDP-Programmierer Riemer
„Die Arbeiter kriegen wir nicht“

läufig. Auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis und nach neuen Wählerschichten finden die in ihrer politischen Existenz bedrohten FDP-Abgeordneten noch nicht den Mut, sich vom Rest ihrer traditionellen Wähler zu trennen.

So störten die Freidemokraten im Bonner Bundestag mit gezielten Manövern den Elan von Willy Brandts Sozialreformer Walter Arendt. Die FDP-Sozialexperten hämmerten in zahlreichen Koalitionsgesprächen und Ausschusssitzungen ihre spezifischen Wünsche im Entwurf zum neuen Betriebsverfassungsgesetz fest.

Den Industriebossen ersparten die Freidemokraten die Furcht vor der Politisierung ihrer Untertanen an der Werkbank. Typischen FDP-Wählern wie den leitenden Angestellten wahrten sie elitären Besitzstand. Sie trotzten der SPD das Plazet ab, daß diesen sogenannten Nichtarbeitnehmern weder passives noch aktives Wahlrecht für den

„Ein Zimmer mit Blick aufs Meer bitte, Sandstrand, Golf, Tennis, geheiztes Süßwasser-Schwimmbad, Reiten, Wasserski, erstklassige Küche, sehr viel Sonne und Nachtleben. Ich habe eine Woche Zeit.“

All das finden Sie im Oasis Hotel. Dazu 762 Zimmer mit individueller Klimaanlage. An der schönsten Stelle von Spaniens berühmter Costa del Sol und nur ein paar Autominuten vom Flughafen Almería entfernt. Das Oasis Hotel hat alles. Alles inklusive Sonnenschein. Eröffnung im Mai 1972.

OASIS HOTEL
Punta Entinas
Almería
Costa del Sol

Information in Deutschland
Telefon. (0611) 238594 (0211) 13251/2.

Hauptbüro: Almería Hoteles, S. A.
Calle O'Donnell 18, Madrid 9, Spanien. Tel.: 226-97-37.
Telex: AGOMO 22452. Telegramme: OASISOL.



FDP-Bremser Genscher
Mit gezielten Manövern...

Betriebsrat der traditionellen Arbeitnehmer zugemutet wird. Industrie-Menne: „Da haben wir gewaltig gebremst.“

Sie sorgten schließlich dafür, daß in den von ihr umworbenen mittleren Firmen nicht zu viele Werktätige zuviel Zeit im Betriebsrat statt am Arbeitsplatz verbringen.

Den Wünschen der FDP mußten sich Arendts Sozialpolitiker auch bei anderen Wohltaten beugen. Den SPD-Wahlschlag für 1973, die flexible Altersgrenze, konnte Arendt nur durchs Kabinett boxen, weil er die von der FDP verlangte Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige toleriert hatte.

Auch in der Steuerpolitik verstand es der kleine Koalitionspartner, seine mittelständische Kundschaft gut zu bedienen. Zu deren Nutzen setzten die Freidemokraten höhere Sonderausgaben durch und besorgten ihren privilegierten Anhängern zusätzliche Freibeträge für Versicherungsschutz. Freiberuflern und Landwirten verschafften sie steuerliche Vergünstigungen. Die von der FDP, voran Innenminister Genscher, pousierten Beamten können sich auf höhere Ortszuschläge freuen.

Beim Städtebauförderungsgesetz legte die FDP „großes Gewicht“, (so der Parlamentarische Staatssekretär im Bonner Wohnungsbauministerium Karl Ravens) auf die Wünsche von Haus- und Grundbesitzern. Den zu Sanierungszwecken enteigneten städtischen Hausherrn verschafften sie den Anspruch, ihr einstiges Eigentum zurückzuerwerben. Ihren bäuerlichen Wählern erkämpften sie sogar Profit. Für Äcker und Wiesen in zukünftigen Entwicklungsgebieten am Rande der Städte

dürfen Landwirte dank der FDP-Intervention eine höhere Entschädigung einkalkulieren als den bloßen Verkehrswert.

Mit ihrer Retuschentour wollte die Parteispitze die Unternehmer nicht nur als Wähler, sondern auch als Spender binden. Doch bisher hat sich die Wirtschaft kaum erkenntlich gezeigt. Nach Auskunft von FDP-Schatzmeister Wolfgang Rubin ist die Partei derzeit finanziell in der „mit Abstand prekärsten Situation“, und: „Der Spendenzufluß ist gering.“

Die FDP-Strategen versuchten bislang ohne nachhaltigen Erfolg, den zurückhaltend gewordenen Industrie-Bossen klarzumachen, daß der Kapitalismus nur zu erhalten sei, wenn er reformiert werde. Maihofer: „Die Unternehmer müssen sich darüber klarwerden, daß sie vielleicht dreißig oder vierzig Jahre so weiter leben können, dann aber ihre Zukunft verspielen.“

Verschreckt zeigte sich die Industrie durch radikal klingende Parolen der FDP-Programmatiker. Bangemann amüsiert sich: „Man braucht nur ein gescheites Wort zu sagen, und schon gilt man bei denen als Kommunist.“

„Die FDP muß irgendwo grasen.“

Während sich Parteichef Scheel und Vize Genscher in der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik nicht ungern als „Garanten der Solidität“ (Scheel) das Bremser-Image anhängen ließen, versuchten sie sich in der für die Industrie unverdächtigen Rechts- und Bildungspolitik als Fortschrittler.

Um sich die Gunst weiblicher Wähler zu sichern, machte sich die Männerpartei (84,6 Prozent) — ohne Rücksicht auf Katholiken (16,6 Prozent der Mitglieder) — zum lautstarken Verfechter einer Reform des berüchtigten Paragraphen 218. Scheel schadenfroh über seinen SPD-Justizkollegen: „Der Jahn kann das nicht. Der macht Kirchenpolitik.“

Eine ähnliche Politik trieb die Partei der gebildeten Stände im Bereich von Schule und Hochschule. In Bonn kämpfte sie als Progreß-Lobby der „denkenden Minderheiten“ gegen eine „schwarzrote Koalition an, die nur Reformen verwässert“ (Flach).

Wenn die FDP nun — wie die Freiburger Thesen zu belegen scheinen — auch in der Gesellschaftspolitik die Rücksicht auf ihre altliberale Kundschaft fallenläßt, bricht sie in gemäßigt progressive Randgruppen der SPD ein.

Dieser Kurs birgt das Risiko, daß nur ein koalitionsinterner Blutaustausch stattfindet, ohne daß SPD oder FDP der CDU Wähler abwerben könnten. Der Kabinetts-Linksaußen und SPD-Entwicklungsminister Erhard Eppler

umschrieb das Dilemma: „Mit einer FDP, die im Garten der CDU grasst, kann man gesellschaftspolitisch kaum etwas machen. Eine FDP, mit der man etwas machen kann, muß aber irgendwo grasen.“

Eine neue Gesellschaftspolitik könnten die Liberalen gemeinsam mit den Sozialdemokraten allenfalls nach der Bundestagswahl 1973 treiben. Dann nämlich, wenn reformfreudigere Abgeordnete ihre konservativen Parteifreunde in der Bonner Fraktion abgelöst haben.

Vier von 27 Mandatsträgern haben zur Halbzeit die Partei bereits wissen lassen, daß sie nach dieser Legislaturperiode nicht wieder kandidieren wollen: Knut von Kühlmann-Stumm, Carlo Graaff, Ernst Achenbach und der schleswig-holsteinische Landwirt Walter Peters.

Andere, wie der parlamentarische Geschäftsführer Werner Mertes und der Hamburger Abgeordnete Victor Kirst, haben nur geringe Chancen, wieder aufgestellt zu werden. Kirsts Skatbruder Bangemann: „Das ist ein toter Mann.“

An ihre Stelle sollen jene Linksliberalen rücken, die innerhalb der Partei bereits Ämter und Stimme haben und in Freiburg Regie führten. Die neue Fraktion für 1973, weiß der Bundestags-Alterspräsident und Fraktionsverbindungsman zur jungen Linken William Borm, 76, „sieht im Vergleich zur alten ganz anders aus“.

Programmdirektor Maihofer machte der jungen Garde Mut mit Zuspruch aus Naumanns Vermächtnis: „Die Rechte“, zitierte Maihofer, „wird so lange herrschen, bis die Linke diszipliniert und einig ist.“



FDP-Symbol Scheel
... Sozialreformen gestört